

nen sind mindestens dreimal so hoch wie die Förderung für die Windenergie – einschließlich aller anderen erneuerbaren Energieträger“ zitiert wiederum die Frankfurter Allgemeine Zeitung Axel Michaelowa, Leiter des Forschungsschwerpunktes Internationale Klimaökonomik am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Trotzdem findet Michaelowa, die Subventionen für die Windenergie seien zu hoch: „Die Technologieanbieter in der Windkraftbranche leben von den Subventionen so gut, daß kein Anreiz für die Senkung der Kosten besteht. Die Subventionen müßten mindestens 5 bis 10 Prozent jedes Jahr gesenkt werden.“ Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung meint das auch Gernot Klepper vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Aus ökonomischer Sicht seien die Subventionen wohl zu hoch, sonst gebe es keine Anreize, an unwirtschaftlichen Standorten Windräder zu bauen. Laut Michaelowa gibt es etwa in Südfrankreich „genügend Standorte mit besseren Windverhältnissen als an der deutschen Nordseeküste“. Frankreich habe gerade einen hohen Einspeisesatz für Strom aus erneuerbaren Energien festgelegt. ●

Atompolitik

Europaparlament fordert Euratom-Reform

Das Europäische Parlament hat sich am 24. September 2003 in einer Resolution mehrheitlich für eine Reform des Euratom-Vertrages ausgesprochen. An die Staats- und Regierungschefs, die am 4. Oktober 2003 in Rom die EU-Regierungskonferenz eröffnen, ergeht damit der Handlungsauftrag zur Einberufung

einer eigenen Konferenz, die sich mit dem Euratom-Vertrag auseinandersetzt. Die Stellung des Euratom-Vertrages in einer Europäischen Verfassung ist umstritten. Der Entwurf des Verfassungskonvents hatte vorgesehen, daß der Euratom-Vertrag unverändert als Protokoll der Europäischen Verfassung angehängt wird und seine volle Wirksamkeit behält. Die Kritik macht sich daran fest, daß der Euratom-Vertrag in einem liberalisierten Strommarkt wettbewerbsverzerrend wirkt. Zuschüsse in

Umweltradioaktivität

In die Mosel soll mehr Tritium eingeleitet werden

Die französischen Behörden haben Ende der ersten Septemberwoche 2003 das Bundesumweltministerium (BMU) darüber informiert, daß der Betreiber des französischen Atomkraftwerkes Cattenom eine neue Genehmigung für radioaktive Ableitungen in die Mosel beantragt hat. Die Unterlagen über diese Pläne sollen schnellstmöglich für die deutsche Bevölkerung in der Grenzregion ausgelegt werden, teilt das Bundesumweltministerium mit. Dafür setze es sich bei den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland ein. Der Bund habe mit den französischen Behörden vereinbart, daß bis Mitte Oktober Einwendungen und Stellungnahmen abgegeben werden können.

Nach Angaben der französischen Seite sollen die bisherigen Genehmigungswerte für die Ableitung von radioaktiven Stoffen ins Moselwasser mit Ausnahme von Tritium reduziert werden. Der Ableitungswert für Tritium solle zwar zunächst bestehen bleiben, vorsorglich werde jedoch für eine ab 2006 vorgesehene andere Betriebsweise der Brennelemente ein Antrag auf

Milliardenhöhe, wie zuletzt an den maroden britischen Atomkonzern British Energy, werden mit dem Hinweis auf den Euratom-Vertrag gerechtfertigt. Der freie Wettbewerb bleibe damit auf der Strecke, rügen die Kritiker. Der Euratom-Vertrag sei einseitig, weil er ausschließlich – und das seit 1957 – die Förderung der Atomenergie vorsieht. Er sei undemokratisch, weil bei der Vergabe der Fördermittel das Europäische Parlament ausgeschaltet ist. ●

Erhöhung der Ableitungswerte für Tritium gestellt.

Die deutsche Beteiligung erfolgt im Rahmen einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Die Unterlagen werden bereits seit August 2003 auf französischer Seite in der Umgebung der Anlage zur Einsicht der Bevölkerung ausgelegt. Da die Unterlagen versehentlich erst am 5. September 2003 bei ihm eingegangen seien, so das BMU, sei mit der französischen Seite Einvernehmen erzielt worden, daß die deutsche Seite bis Mitte Oktober zu dem Vorhaben Stellung nehmen könne. Dies erlaube es, daß auch in Deutschland die Bürger in angemessenem Umfang beteiligt werden könnten, meint das BMU. Und weil es die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Ableitung von radioaktiven Stoffen in die Mosel sehr ernst nehme, habe es zudem die Strahlenschutzkommission (SSK) gebeten, die französischen Genehmigungsunterlagen fachlich zu prüfen. Die SSK solle insbesondere eine Stellungnahme zu dem beantragten höheren Tritiumwert abgeben.

Kommentar

Das Erarbeiten begründeter Stellungnahmen ist deutschsprachigen Bürgern kaum möglich, weil lediglich eine Kurzfassung der relevanten Unterlagen in deutscher Sprache vorliegt und der Langtext schon aus sprachlichen Gründen der Bevölkerung nicht zugänglich ist.

In dem Genehmigungsantrag wird auch nicht darauf eingegangen, daß es in Cattenom erhebliche Probleme mit undichten Brennelementen gibt. Es wird auch nicht die Erfahrung des Sommers 2003 berücksichtigt, in dem hohe Außentemperaturen und geringer Wasserstand zu gravierenden Betriebsproblemen bei französischen Atomkraftwerken führten.

Es macht nachdenklich, daß Cattenom die Tritiumabgaben erhöhen will – wir erinnern an die extrem hohen Freigrenzen in der neuen Strahlenschutzverordnung in Deutschland gerade für Tritium. ●

Atomtransporte

Militärdiktat in Frankreich

Das Verbreiten von Informationen über Atomtransporte ist in Frankreich neuerdings strafbar

Frankreich hat seit dem 9. August 2003 alle Atomtransporte zu einem militärischen Staatsgeheimnis erklärt. Das französische Wirtschaftsministerium begründet diesen ungewöhnlichen Schritt mit der Gefahr möglicher Terroranschläge und mit den wachsenden Protesten im Land gegen diese Transporte. Wer Informationen über solche Transporte öffentlich verbreitet, wird strafrechtlich verfolgt. Nach dem französischen Recht drohen Maximalstrafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und Zahlungen bis zu 70.000 Euro.

Frankreich ist das Transitland der Plutoniumwirtschaft. Pro Jahr fahren durch das Land mehrere Hundert dieser brennenden Ladungen. Die Menge des dabei transportierten Plutoniums wird auf 40 Tonnen geschätzt.

Hiltrud Breyer (Mitglied des Europaparlaments) und ihre französische Kollegin Marie-Anne Isler-Béguin (Les Verts) fordern die Aufhebung dieses nuklearen Maulkorbparagraphen in Frankreich, weil er das Gemeinschaftsrecht der EU verletzt. Sie werden Beschwerde bei der EU-Kommission wegen der Verletzung der EU-Umweltinformationsrichtlinie erheben, nach denen den Bürgern das Recht auf freien Zugang zu umweltrelevanten Informationen gewährt werden muß.

Strahlentelex erklärt sich solidarisch mit dem französischen Netzwerk „Sortir du Nucleaire“, das sich über die militärische Staatsgeheimniskrämerie hinweggesetzt und einen Brief an mehr als 100 französische Gemeinden geschrieben hat, durch deren Gebiet vom 22. bis 24. September 2003 der jüngste große Atomtransport von Italien nach Sellafield erfolgte. Über drei Tage lang durchquerte der Zug das Land. Dabei kam es zu Aufgehalten von bis zu 18 Stunden auf Bahnhöfen.

Es fehlt nicht viel und wir in Deutschland machen uns für französische Begriffe strafbar, wenn wir unsere Nachbarn über Transporte nach La Hague informieren.

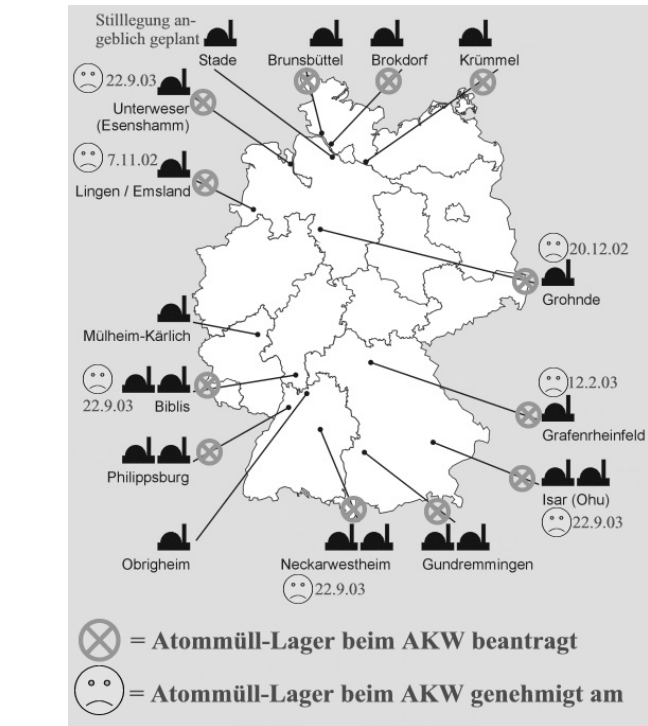
Weitere Informationen unter <http://www.sortirdunucleaire.org> ●

Atom Müll

Widerstand gegen standortnahe Zwischenlager

Gleich vier neue Zwischenlager auf einmal genehmigte am 22. September 2003 das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Betreibern der Atomkraftwerke Biblis (RWE Power AG / RWE Rheinbraun AG), Neckarwestheim (Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH), Isar/Ohu (E.ON Kernkraft GmbH / E.ON Bayern AG) und Esenshamm / Unterweser (E.ON Kernkraft GmbH) für die Aufbewahrung abgebrannter Brennelemente am jeweiligen Kraftwerks-Standort. Das BfS sieht damit die Voraussetzung für den Bau von Zwischenlager-Kapazitäten geschaffen, die benötigt werden, wenn ab Juli 2005 die Transporte zur Wiederaufarbeitung enden sollen. Spätestens 40 Jahre danach soll der Atom Müll schließlich in ein Endlager gebracht werden.

Mit dieser Genehmigung der Zwischenlager hat die Behörde Bedenken von 72.000 Einwohnern von Tisch gewischt, kritisiert die Ulmer Ärzteinitiative, eine Regionalgruppe der IPPNW. In insgesamt 518 Castorbehältern sollen die Betreiberfirmen über 5.000 Tonnen einer hochradioaktiven und hochgiftigen Schwermetallmasse einlagern dürfen. Allein ein einziger



Castorbehälter enthalte vergleichsweise so viel radioaktives Inventar, wie beim Reaktorunfall von Tschernobyl freigesetzt worden sein soll. Die Ulmer Ärzteinitiative bezweifelt die Behauptung des BfS, daß selbst ein gezielter Absturz eines Jumbojets nicht zu einer Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung führen würden. Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß Großflugzeuge auf Grund ihrer Größe und Masse ungebremst durch eine solche Lagerhalle fliegen würden. Die Spannweite ihrer Flügel könnten dabei alle CASTOREN erfassen und abräumen, wie Kegel.“ Einen plastischen Eindruck darüber vermittelt eine 3D-Videoanimation der Internetseite „Atomenergie und Si-

cherheit“ unter <http://www.atom-secur.de>.

Thiel bezweifelt auch, daß der Atom Müll nur 40 Jahre zwischenlagern wird: „Ob der Müll dann wirklich abgeholt wird bleibt ungewiß. Auf der ganzen Erde gibt es bis zum heutigen Tage noch kein wirklich sicheres Lager zur Endlagerung der noch über Jahrtausende strahlenden Kernbrennstoffe.“ Die Genehmigung von Deutschlands größtem Lager am Atomkraftwerk Gundremmingen mit 192 Castorbehältern wurde vom BfS bis spätestens Ende 2003 angekündigt. An diesem Standort rüstet sich dagegen bereits seit Monaten eine Bürgerinitiative zur Klage. Mehr Informationen darüber unter <http://www.atommuell-zwischenlager.de>. ●

Edward Teller ist gestorben

De mortuis nihil nisi bene¹

„Der Wissenschaftler ist verantwortlich für die Erklärung seines Wissens, nicht aber dafür, wie dieses Wissen angewendet wird.“ E. Teller

„Man baut nicht Massenvernichtungswaffen, um damit zu protzen, man baut sie, um Massen zu vernichten.“ E. Teller

Edward Teller starb am 11. September 2003 in seinem Haus in Californien. Er wurde 1908 in Ungarn geboren und hat Mathematik, Chemie und Physik studiert. Teller zählte zu den Schülern von Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker. Bereits mit 22 Jahren hatte er seine Promotion zum Doktor in theore-

tischer Physik bei Werner Heisenberg abgeschlossen. Er emigrierte wegen seiner jüdischen Abstammung und landete nach einigen Zwischenstationen 1935 in den USA.

Unter der Leitung von Robert Oppenheimer war Teller in Los Alamos an der Entwicklung der ersten Atombomben